

Vorlage für die Sitzung des Senats am 24. Februar 2015

Zentrales Finanzcontrolling

Jahresbericht 2014

A. Problem

Der Senat ist regelmäßig über die aktuelle Haushaltslage insgesamt und die Konsolidierungspfade der bremischen Einzelhaushalte zu informieren.

B. Lösung

Im Rahmen des Zentralen Finanzcontrollings berichtet die Senatorin für Finanzen in Form eines Halbjahresberichtes und eines – in der Anlage beigefügten – Jahresberichtes über die Entwicklung der bremischen Haushalte insgesamt und die Konsolidierungspfade der bremischen Einzelhaushalte. Die Kernaussagen des Berichts sind dabei wie folgt zusammenzufassen:

- Der im Außenverhältnis relevante konsolidierte Haushalt des Stadtstaates Bremen erfüllte 2014 im vierten Jahr in Folge die mit dem Bund vereinbarten Auflagen zur Reduzierung des strukturellen Finanzierungsdefizits. Der Sicherheitsabstand zum maximal erlaubten Defizit lag bei 185 Mio. €.
- Neben dem konsolidierten Gesamthaushalt haben auch alle bremischen Einzelhaushalte (Land Bremen, Stadt Bremen, Bremerhaven) die Vorgaben des Konsolidierungspfadefes eingehalten.
- Der Primärsaldo des Landes und der Stadt Bremen lag zum Jahresabschluss mit - 41 Mio. € trotz des Anteilerwerbs an den Netzen nur knapp unter dem Ausgleich. Ohne diesen Sondereffekt hätte der Gesamthaushalt 2014 mit + 127 Mio. € zum dritten Mal seit Anfang der neunziger Jahre einen positiven Primärsaldo erzielt.
- Besonders positiv entwickelten sich die Primäreinnahmen des Landes und der Stadt Bremen, die den Anschlag um 230 Mio. € und den Vorjahreswert um 276 Mio. € übertreffen konnten. Die originären Steuereinnahmen stiegen dabei zum Vorjahr um 6,4 %.
- Die Primärausgaben verzeichneten – auch um den Sondereffekt des Anteilerwerbs an den Netzen bereinigt – beim Land und der Stadt Bremen mit 2,6 % einen deutlicheren Anstieg als erwartet. Ursächlich hierfür waren insbesondere die hohen Sozialleistungsausgaben (+ 8,4 % zum Vorjahr).

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Keine

E. Beteiligung und Abstimmung

Der Bericht wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Der Bericht ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und wird über das zentrale elektronische Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

G. Beschluss

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2014/18 den Jahresbericht 2014 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.



Die Senatorin für Finanzen

Zentrales Finanzcontrolling

Jahresbericht 2014 der bremischen Haushalte

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 4072
Fax: (0421) 496 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de

Fachliche Informationen:

Referat 20
Marko Holzschneider
Telefon: (0421) 361 6052
E-Mail: marko.holzschneider@finanzen.bremen.de

beschlossen vom Senat der Freien Hansestadt Bremen
am 24. Februar 2015

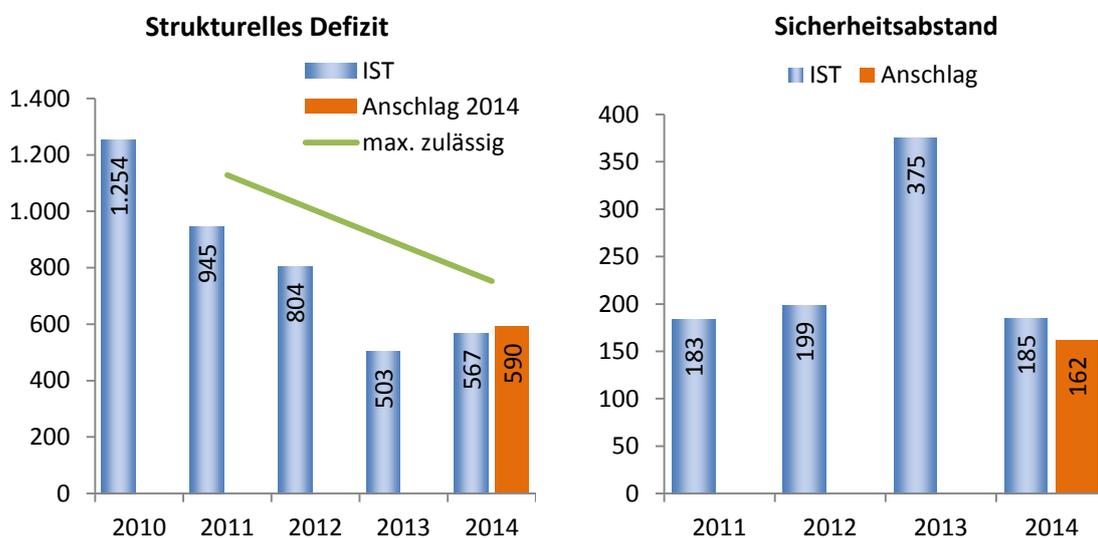
Gliederung

1.	Einhaltung des Konsolidierungskurses	2
2.	Kernhaushalt des Stadtstaates	4
2.1.	Einnahmen und Ausgaben	4
2.2	Schulden	5
3.	Kernhaushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen	6
3.1	Primärsaldo	6
3.2	Primäreinnahmen	7
3.2.1	Steuereinnahmen	9
3.2.2	Sonstige Einnahmen	11
3.3	Primärausgaben	13
3.3.1	Personalausgaben	14
3.3.2	Konsumtive Ausgaben	15
3.3.3	Investitionsausgaben	17
3.4	Zinsausgaben	18

1. Einhaltung des Konsolidierungskurses

Der im Außenverhältnis relevante konsolidierte **Haushalt des Stadtstaates Bremen** erfüllte 2014 im vierten Jahr in Folge die mit dem Bund vereinbarten Auflagen zur Reduzierung des strukturellen Finanzierungsdefizits:

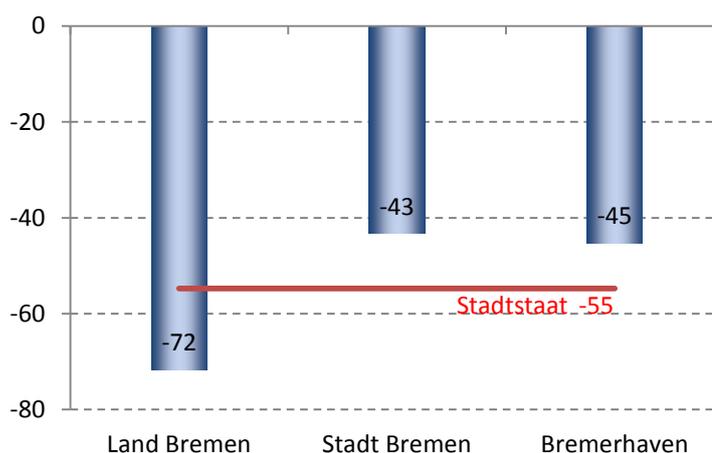
- Insgesamt verzeichneten die bremischen Haushalte 2014 einen strukturellen Finanzierungssaldo von - 567 Mio. €
- Das entsprechende Defizit des Vorjahres wurde damit zwar um 65 Mio. € überschritten, gegenüber dem Anschlag bedeutet dies jedoch eine Verbesserung um 23 Mio. €
- Damit lag der vorläufige **Sicherheitsabstand 2014 bei 185 Mio. €** und somit in der Größenordnung wie auch schon in den Jahren 2011 und 2012. Nur 2013 wurde insbesondere aufgrund einer sehr positiven Steuerbereinigung ein deutlich höherer Sicherheitsabstand erzielt.



Neben dem konsolidierten Gesamthaushalt haben sowohl das Land als auch die beiden Stadtgemeinden 2014 die Vorgaben des Konsolidierungspfades eingehalten (Tabelle 1). Dabei ist jedoch Folgendes zu beachten:

- Die Stadt Bremen verzeichnete zum maximal erlaubten strukturellen Defizit nur einen Abstand von 20 Mio. €, wobei 17 Mio. € Saldenverbesserung erst durch eine unmittelbar vor Jahresabschluss gebuchte haushaltstechnische Verrechnung von EU-Einnahmen entstanden.
- Die Stadt Bremerhaven, die keinen Sicherheitsabstand veranschlagt hatte, konnte im Jahresabschluss das maximal erlaubte Defizit immerhin um 7 Mio. € unterschreiten.
- Einen nennenswerten Sicherheitsabstand zur Defizitgrenze weist somit nur noch das Land Bremen auf (157 Mio. €), das nach vier Jahren Konsolidierung das strukturelle Defizit um insgesamt 72 % reduzieren konnte. Die beiden Städten (- 43 % bzw. - 45 %) waren hier deutlich weniger erfolgreich.

Reduzierung des strukturellen Defizits
2014/2010 in %



Einwohnerbezogen verzeichnet das Land ein strukturelles Defizit von 216 € und schließt somit den Haushalt 2014 deutlich positiver als die beiden bremischen Städte ab, die ein strukturelles Defizit von 663 € je Einwohner (Bremerhaven) bzw. 645 € je Einwohner (Stadt Bremen) aufweisen.

In der nachfolgenden Tabelle wird deutlich, dass die strukturellen Umrechnungspositionen das Defizit der jeweiligen Kernhaushalte sehr unterschiedlich bereinigen. So weist das Land Bremen mit - 15 Mio. € einen fast ausgeglichenen kameralen Haushalt auf. Insbesondere die Steuerbereinigungen führen dann jedoch zu einem deutlich höheren strukturellen Finanzierungssaldo (- 141 Mio. €). Bei den Städten wirkt sich hingegen positiv aus, dass bei der Umrechnung zum strukturellen Defizit die Kosten für den Anteilerwerb an den Netzen als finanzielle Transaktionen herausgerechnet werden.

Tab. 1: Struktureller Finanzierungssaldo / Stand: 13. Monat 2014

Kennzahl	Land HB	Stadt HB	L + G Bremen	Bremerhaven	Stadtstaat
Mio. Euro					
KERNHAUSHALT					
Bereinigte Einnahmen	3.357,3	2.190,4	4.207,3	547,4	4.371,2
Bereinigte Ausgaben	3.373,4	2.754,2	4.787,2	694,6	5.097,7
Saldo der haushaltstechn. Verrechnungen	1,3	-0,1	1,2	0,0	0,6
Finanzierungssaldo (inkl. Verrechn.)	-14,8	-563,9	-578,7	-147,2	-725,9
BEREINIGUNGEN					
Finanzielle Transaktionen	-43,6	218,2	174,6	56,6	231,2
Finanzierungssaldo BKF	11,4	42,1	53,5	15,2	68,7
Steuerbereinigung (Konjunktur etc.)	-116,5	-64,8	-160,8	-1,0	-160,0
kleine Steuern	0,0	14,5	14,5	4,2	18,6
Schlüsselzuweisungen	22,3	0,0	1,8	0,0	0,0
Struktureller Finanzierungssaldo	-141,2	-353,9	-495,2	-72,2	-567,4
Veränderung ggü. Vorjahr in %	25,9	16,3	18,9	-16,2	12,9
je Einwohner	-215,7	-645,1		-663,0	
Konsolidierungspfad	-298,3	-374,4	-672,7	-79,4	-752,1
Über-/Unterschreitung Konsopfad	157,1	20,4	177,5	7,2	184,7

2. Kernhaushalt des Stadtstaates

2.1. Einnahmen und Ausgaben

Die **Einnahmeseite der bremischen Haushalte** entwickelte sich 2014 sowohl zum Vorjahr (+ 290 Mio. €) als auch gegenüber dem Anschlag (+ 239 Mio. €) ausgesprochen positiv:

- Die **originären Steuereinnahmen** konnten den Vorjahreswert um 156 Mio. € und den Anschlagswert um 63 Mio. € verbessern.
- **Inklusive des Finanzausgleichs** lag die Vorjahresverbesserung sogar bei 259 Mio. €. Die veranschlagten Einnahmen konnten um 165 Mio. € übertroffen werden. Insgesamt haben sich damit die steuerabhängigen Einnahmen Bremens seit Beginn der Konsolidierung 2010 um fast 900 Mio. € erhöht.
- Die Entwicklung der **sonstigen Einnahmen**, die insgesamt mit + 74 Mio. € überplanmäßig ausfiel, war durch Einzel- und Sondereffekte geprägt. So waren außerplanmäßige Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen (17 Mio. €) sowie die EU-Abrechnung für das Ziel-3-Programm 2000-2006 in Höhe von 12 Mio. € zu verzeichnen. Zudem fielen insbesondere die Sozialleistungseinnahmen (+ 12 Mio. €), die Einnahmen über den Hochschulpakt 2020 (+ 10 Mio. €) und eine Abführung vom Sondervermögen Hafen (+ 8,5 Mio. €) höher als geplant aus.

Tab. 2: Stadtstaat Bremen

Kennzahl	IST 2014	Anschlag 2014	IST ggü. Anschlag	14. Monat 2013	IST ggü. Vorjahr
	Mio. €				
Steuerabhängige Einnahmen	3.496	3.331	+ 165	3.237	+ 259
- Steuern	2.579	2.516	+ 63	2.423	+ 156
- Länderfinanzausgleich (LFA)	663	573	+ 90	565	+ 99
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	254	242	+ 12	250	+ 5
Sonstige konsumtive Einnahmen	786	710	+ 76	743	+ 43
Investive Einnahmen	88	91	- 2	101	- 12
Bereinigte Einnahmen	4.371	4.132	+ 239	4.081	+ 290
Primäreinnahmen	4.371	4.132	+ 239	4.081	+ 290
Personalausgaben	1.498	1.493	+ 6	1.440	+ 59
Sozialleistungsausgaben	914	857	+ 57	844	+ 70
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.370	1.313	+ 56	1.328	+ 42
Investitionsausgaben	722	728	- 7	573	+ 148
Zinsausgaben	594	669	- 75	665	- 71
Bereingte Ausgaben	5.097	5.060	+ 37	4.850	+ 248
Primärausgaben	4.503	4.391	+ 112	4.185	+ 318
Finanzierungssaldo	-726	-928	+ 202	-768	+ 42
Primärsaldo	-132	-259	+ 127	-104	- 29
Konsumtiver Primärsaldo	501	379	+ 122	369	+ 132

Die **Ausgaben des Stadtstaates Bremen** verzeichneten – insbesondere aufgrund des Anteilerwerbs an den Netzen - einen deutlichen Zuwachs zum Vorjahr (+ 248 Mio. €), der Wert des Nachtragshaushaltes wurde um insgesamt 37 Mio. € bzw. 0,7 % überschritten. Zu diesem Ergebnis trugen höchst unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen Ausgabearten bei:

- Relativ unauffällig entwickelten sich die **Personalausgaben**, die trotz der Nachzahlungen im Rahmen der Besoldungsanpassung 2013/2014 für die Beamten den Anschlagswert nur um 6 Mio. € überschritten, sowie die **Investitionsausgaben**, die nach Liquiditätssteuerung insgesamt 7 Mio. € unter dem Anschlagswert lagen.
- Besonders positiv entwickelten sich die **Zinsausgaben**, die unter Ausnutzung der weiterhin äußerst niedrigen Kreditkonditionen das veranschlagte Ausgabeniveau um 75 Mio. € unterschritten.
- Deutlich haushaltsverschlechternd wirkten hingegen die **Sozialleistungen** (u. a. Flüchtlingsproblematik; + 57 Mio. €) und die übrigen **konsumtiven Ausgaben** (+ 56 Mio. € ggü. Anschlag).

Die **Zuwachsrate der Primärausgaben** betrug im Vorjahresvergleich unbereinigt 7,6 %, nach Bereinigung um die beiden großen Sondereffekte (2013: Eigenkapitalerhöhung Kliniken; 2014: Anteilerwerb an den Netzen) noch 3,5 %.

2.2 Schulden

Der fundierte Schuldenstand des Stadtstaates Bremen inklusive der Sondervermögen lag 2014 trotz Finanzierungsdefizits knapp unter Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür war ein höherer Stand an kurzfristigen Kassenverstärkungskrediten zum Stichtag 31. Dezember beim Land Bremen und keine tatsächliche Verbesserung der Schuldensituation (inkl. Kassenkredite).

Tab. 3: Schulden der bremischen Haushalte

	31.12.14	31.12.13	Veränderung	
	Mio Euro			%
Land und Stadtgemeinde Bremen	18.330	18.581	- 251	- 1,4
- Land Bremen	9.566	10.193	- 627	- 6,2
- Stadt Bremen	7.820	7.390	+ 430	+ 5,8
- Sonderhaushalte (L+G Bremen)	944	998	- 54	- 5,4
Bremerhaven	1.521	1.398	+ 124	+ 8,9
- Stadt Bremerhaven	1.409	1.270	+ 139	+ 10,9
- Sonderhaushalte	113	128	- 15	- 11,8
Stadtstaat Bremen	19.851	19.978	- 127	- 0,6

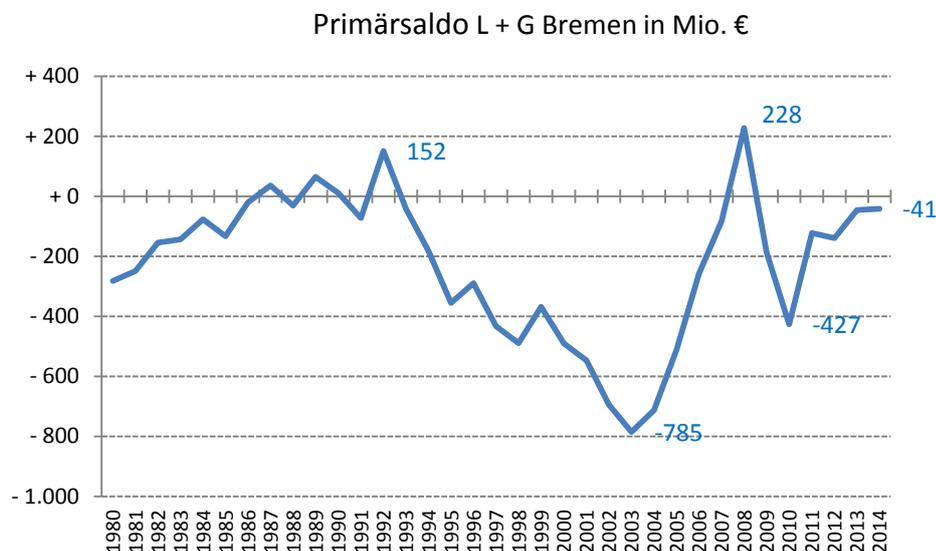
3. Kernhaushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

Tab. 4: L + G Bremen

	IST 2014	Anschlag	IST ggü. Anschlag		14. Monat 2013	IST ggü. Vorjahr	
			Mio. €	in %		Mio. €	in %
Steuerabhängige Einnahmen	3.390	3.222	+ 168	+ 5,2	3.138	+ 252	+ 8,0
- Steuern	2.472	2.406	+ 66	+ 2,7	2.324	+ 149	+ 6,4
- Länderfinanzausgleich (LFA)	663	573	+ 90	+ 15,8	565	+ 99	+ 17,5
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	254	242	+ 12	+ 5,0	250	+ 5	+ 1,9
Sonstige konsumtive Einnahmen	728	661	+ 67	+ 10,2	690	+ 38	+ 5,5
- Sozialleistungseinnahmen	199	187	+ 12	+ 6,5	171	+ 28	+ 16,6
Investive Einnahmen	89	95	- 5	- 5,7	103	- 14	- 13,8
Bereinigte Einnahmen	4.207	3.977	+ 230	+ 5,8	3.931	+ 276	+ 7,0
Primäreinnahmen	4.207	+ 3.977	+ 230	+ 6	3.931	+ 276	+ 7,0
Personalausgaben	1.239	1.235	+ 4	+ 0,3	1.191	+ 48	+ 4,0
Sozialleistungsausgaben	830	780	+ 50	+ 6,4	766	+ 64	+ 8,3
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.551	1.492	+ 59	+ 4,0	1.493	+ 58	+ 3,9
Investitionsausgaben	629	634	- 5	- 0,8	526	+ 102	+ 19,4
Zinsausgaben	539	612	- 73	- 11,9	611	- 72	- 11,8
Bereinigte Ausgaben	4.787	4.753	+ 34	+ 0,7	4.587	+ 200	+ 4,4
Primärausgaben	4.248	+ 4.141	+ 108	+ 3	3.976	+ 272	+ 6,8
Finanzierungssaldo	-580	-776	+ 196	+ 25	-656	+ 76	+ 12
Primärsaldo	-41	- 164	+ 123	+ 75	-45	+ 4	+ 9
Konsumtiver Primärsaldo	498	+ 376	+ 123	+ 33	378	+ 121	+ 32

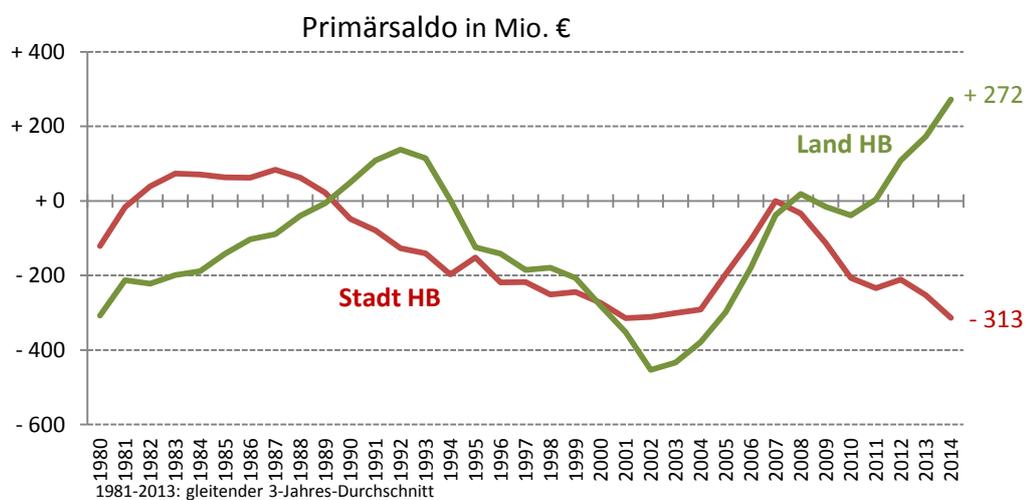
3.1 Primärsaldo

Der Primärsaldo des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, der 2003 mit - 785 Mio. € und 2008 mit + 228 Mio. € die bisher höchsten Ausschläge verzeichnete, lag 2014 nur knapp unter dem Ausgleich (- 41 Mio. €). Ohne den Sondereffekt des Erwerbs von Netzanteilen hätte der Haushalt 2014 mit + 127 Mio. € zum dritten Mal seit Anfang der neunziger Jahre einen positiven Primärsaldo erzielt.



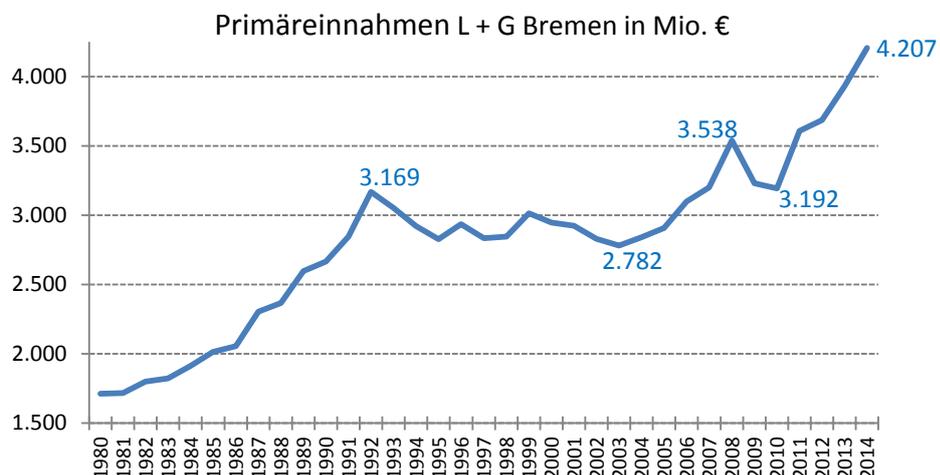
Die Betrachtung der Einzelhaushalte bei der Entwicklung des Primärsaldos verdeutlicht dabei Folgendes:

- Grundsätzlich verlief die Entwicklung der Primärsalden des Landes bzw. der Stadt Bremen seit 1980 weitgehend parallel.
- Seit der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise entkoppelten sich die Haushalte stark.
- Selbst nach Bereinigung um den Sondereffekt (Anteilerwerb der Netze) gab es nie eine höhere Differenz zwischen den Primärsalden des Landes Bremen und der Stadt Bremen als 2014.
- Das Land Bremen verzeichnete – mit steigender Tendenz – schon im vierten Jahr in Folge einen positiven Primärsaldo.



3.2 Primäreinnahmen

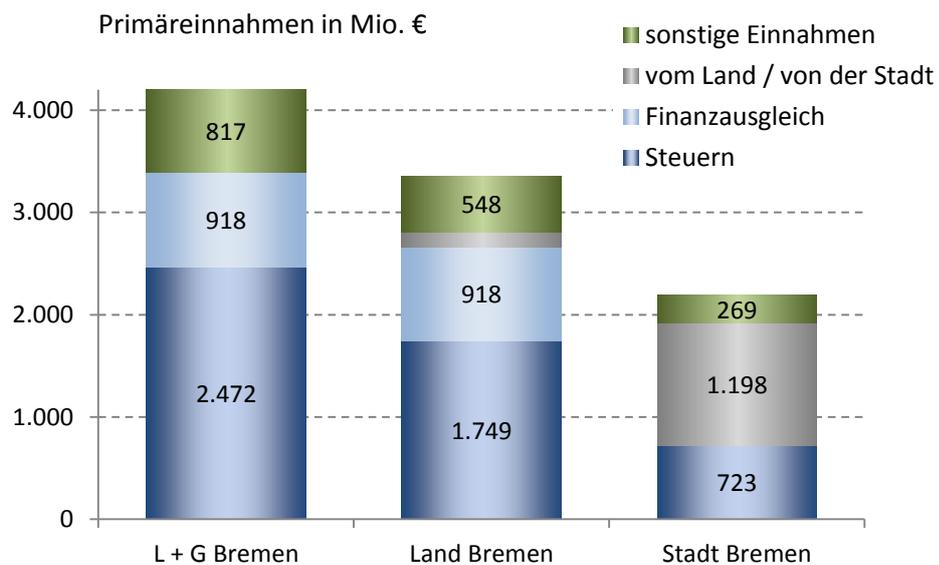
Seit Beginn der Konsolidierungsphase haben die Primäreinnahmen endgültig die Anfang der neunziger Jahre beginnende langjährige Schwächeperiode (vgl. nachfolgende Grafik) überwunden und im Zeitraum 2010/2014 dabei eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von 7,1 % erreicht.



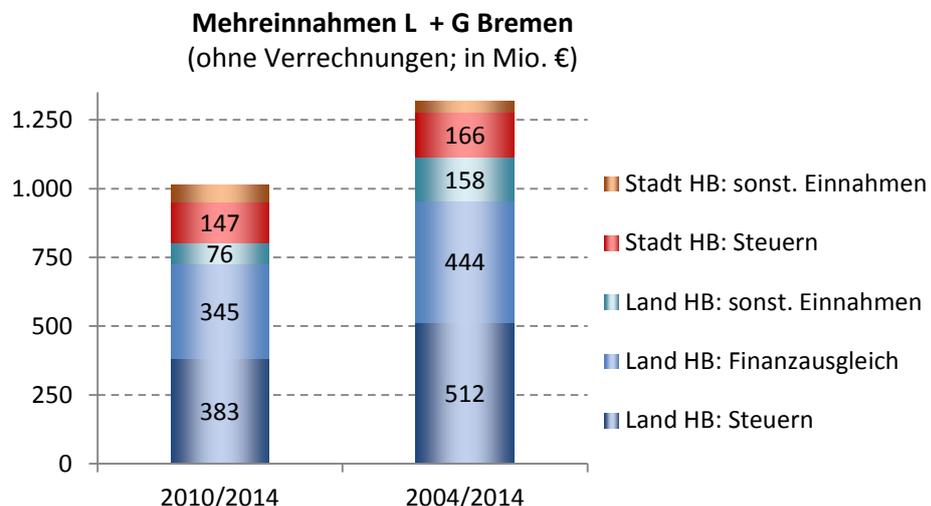
Im Berichtsjahr konnten die Einnahmen gegenüber 2013 um 7,0 % gesteigert werden. Dies bedeutet eine Verbesserung zum Anschlag von 5,8 % bzw. 230 Mio. €

Fast 60 % der konsolidierten Primäreinnahmen des Landes und der Stadt Bremen stellen dabei originäre Steuereinnahmen dar, etwas über 20 % steuert der Finanzausgleich zu den Gesamteinnahmen bei und knapp unter 20 % bilden sonstige Primäreinnahmen (insbesondere Zuweisungen vom Bund; Aufteilung vgl. Seite 12)

Beim Einzelhaushalt der Stadt Bremen ist zudem auffällig, dass über die Hälfte der Primäreinnahmen als Verrechnungen vom Land Bremen erfolgen, die in der konsolidierten Betrachtung bereinigt werden. Insgesamt trägt die Stadt Bremen nur knapp ein Viertel zu den Einnahmen des Gesamthaushaltes L + G Bremen bei.



Die nachfolgende Grafik zeigt zudem, dass sowohl im Konsolidierungszeitraum als auch im längerfristigen Zehnjahreszeitraum die Mehreinnahmen des Landes wesentlich höher ausfallen als die der Stadtgemeinde Bremen (ohne Verrechnungen). So hat das Land Bremen seit 2010 knapp 80 % der Mehreinnahmen des konsolidierten Gesamthaushaltes des Landes und der Stadt Bremen realisiert.

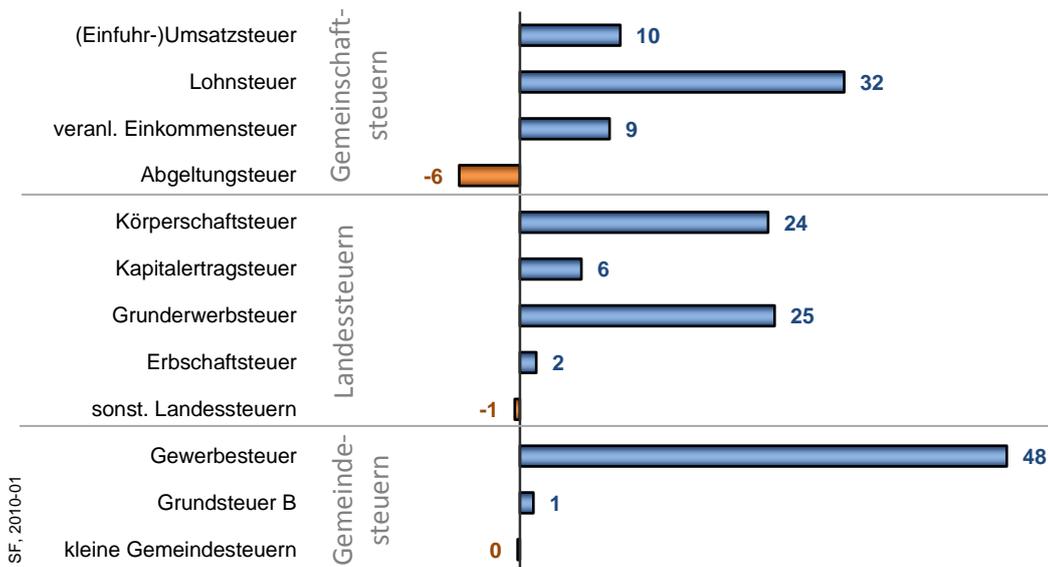


3.2.1 Steuereinnahmen

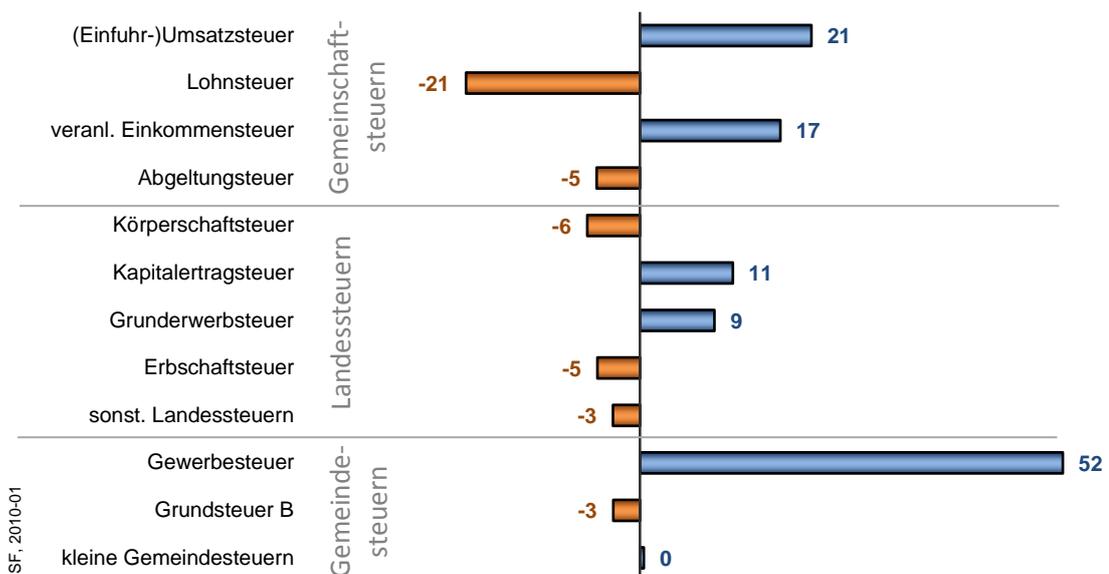
Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die Steuereinnahmen der bremischen Haushalte wurden 2013 erstmalig wieder vollständig überwunden. 2014 verzeichneten sowohl die Stadt als auch das Land Bremen eine weitere deutliche Erhöhung der Steuereinnahmen (insgesamt + 5,8 % zum Vorjahr). Auch der veranschlagte Wert konnte insgesamt um 2,2 % bzw. 52 Mio. € übertroffen werden.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht dabei die Entwicklung der einzelnen Steuerarten im Vorjahres- und Anschlagsvergleich. Zum Vorjahr entwickelten sich dabei insbesondere vier Steuerarten besonders positiv:

Veränderung der Steuereinnahmen ggü. Vorjahr in Mio. €



Veränderung der Steuereinnahmen ggü. Anschlag in Mio. €

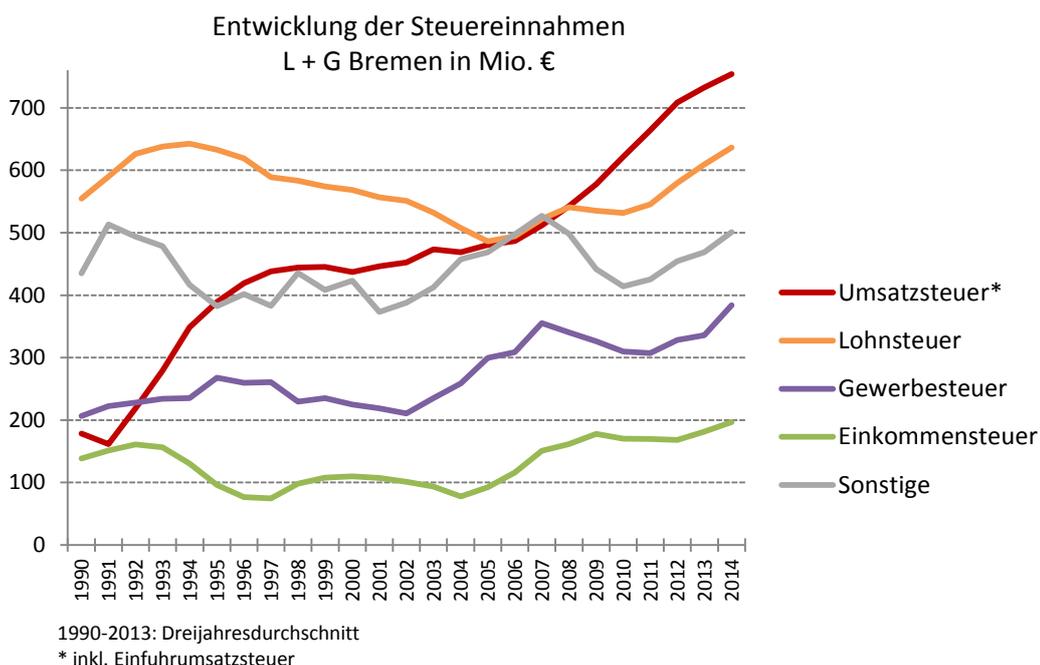


- Den höchsten absoluten Anstieg zum Vorjahr (+ 48 Mio. €) und zudem die mit Abstand höchste Verbesserung zum Anschlag (+ 52 Mio. €) verzeichnete die Gewerbesteuer, die damit auch die nach Anhebung der Hebesätze in den beiden bremischen Städten prognostizierten Mehreinnahmen von 17 Mio. € übertreffen konnte. Mit Einnahmen von 384 Mio. € konnte der bisherigen Rekordwert von 2008 (409 Mio. €) jedoch noch nicht wieder erreicht werden.
- Auch die Lohnsteuer entwickelte sich 2014 positiv und erreichte mit 637 Mio. € das beste Ergebnis der letzten 19 Jahre und den zweithöchsten absoluten Anstieg (+ 32 Mio. €) zum Vorjahr. Trotzdem blieb sie mit - 21 Mio. € von allen Steuerarten am deutlichsten hinter den Erwartungen zurück.
- Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer konnten – auch aufgrund der Hebesatzanhebung um 0,5 %-Punkte – um 25 Mio. € zum Vorjahr gesteigert werden. Ähnlich hoch lag die Verbesserung der Körperschaftsteuer, die jedoch ein schwaches Vorjahr aufwies und generell hohen jährlichen Schwankungen unterliegt.

Zudem ist Folgendes zu beachten:

- Die in den letzten Jahren kontinuierlich stark zunehmende Umsatzsteuer (inkl. Einfuhrumsatzsteuer) erreichte 2014 mit 768 Mio. € knapp ein neues Rekordniveau. Allein in den letzten sechs Jahren konnten die Einnahmen aus dieser kassenmäßig bedeutsamsten Steuerart damit um über die Hälfte gesteigert werden.
- Die veranlagte Einkommensteuer verzeichnete einen geringen Zuwachs zum Vorjahr, obwohl bei der Anschlagsbildung ein leichter Rückgang unterstellt wurde. Dies führte zu einer Verbesserung zum Anschlag von 17 Mio. €.

Der längerfristige Vergleich der großen Steuerarten verdeutlicht insbesondere den kontinuierlichen Zuwachs der Umsatzsteuer (inkl. Einfuhrumsatzsteuer) bis 2014. Seit der Wiedervereinigung konnte bei dieser – in den letzten Jahren bedeutsamsten - Steuerart im bremischen Haushalt ein Zuwachs von fast 600 Mio. € (+ 370 %) erzielt werden. Keine andere Steuerart hat sich ähnlich positiv entwickelt.

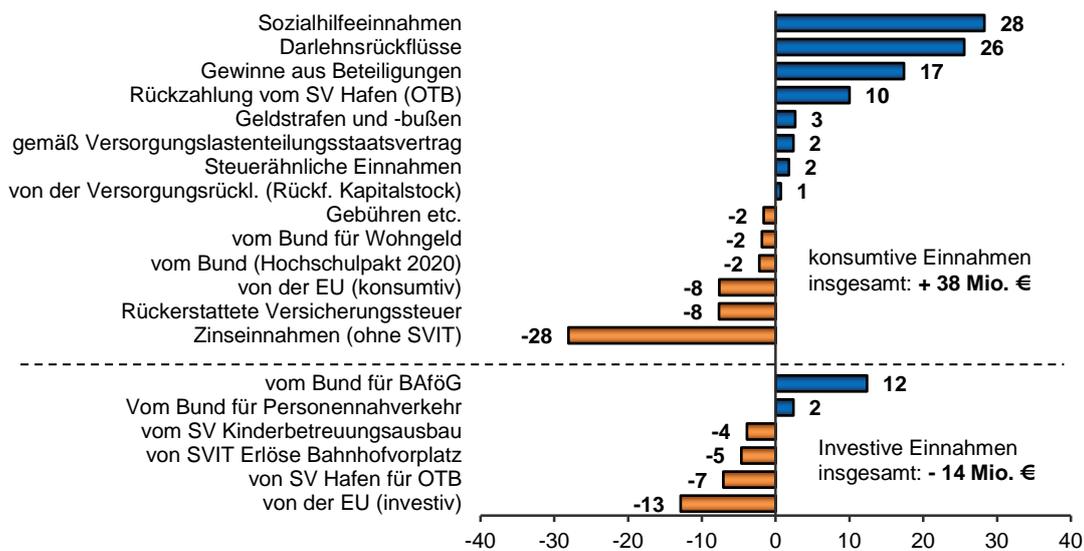


3.2.2 Sonstige Einnahmen

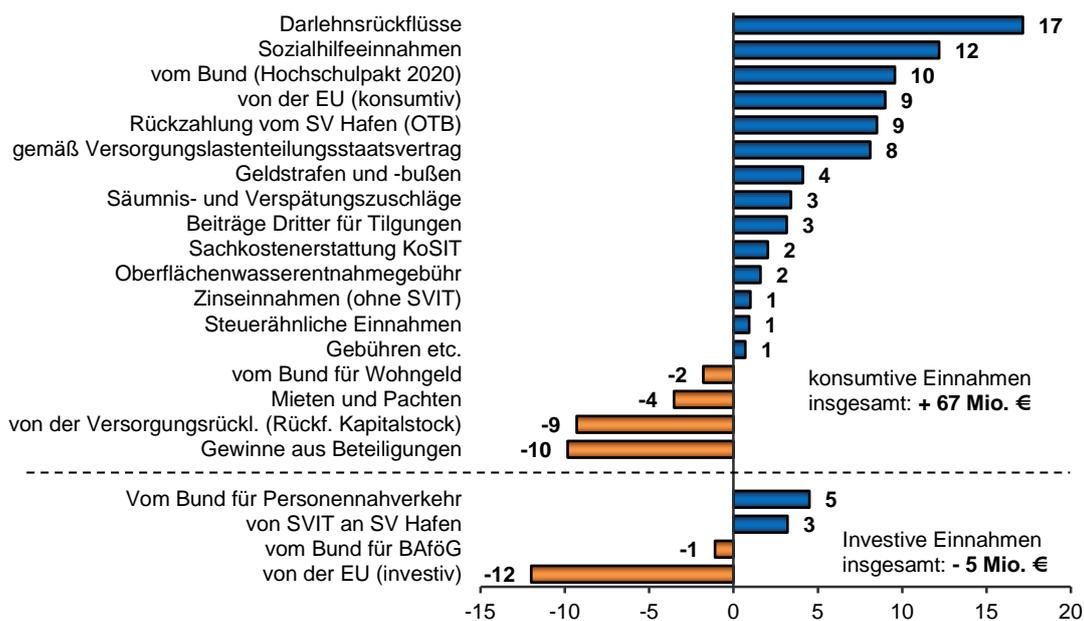
Bei den nicht-steuerabhängigen Einnahmen war 2014 im Vergleich zum Anschlag ein außergewöhnlich hoher Zugewinn von 62 Mio. € zu verzeichnen. Das Vorjahresergebnis wurde um 24 Mio. € übertroffen (vgl. nachfolgende Grafik).

Mindereinnahmen zum Vorjahr ergaben sich insbesondere aus den Zinseinnahmen, aus Sonderfällen, die im Vorjahr kassenwirksam wurden (rückerstattete Versicherungssteuer, investive Einzelzahlung vom Sondervermögen Hafen für OTB, Bahnhofvorplatzerlöse vom Sondervermögen Infrastruktur und Technik) sowie aus geringer ausfallenden Zahlungen von der EU.

Veränderung der sonstigen Einnahmen 2014 ggü. 2013 in Mio. €



Veränderung der sonstigen Einnahmen 2014 zum Anschlag in Mio. €

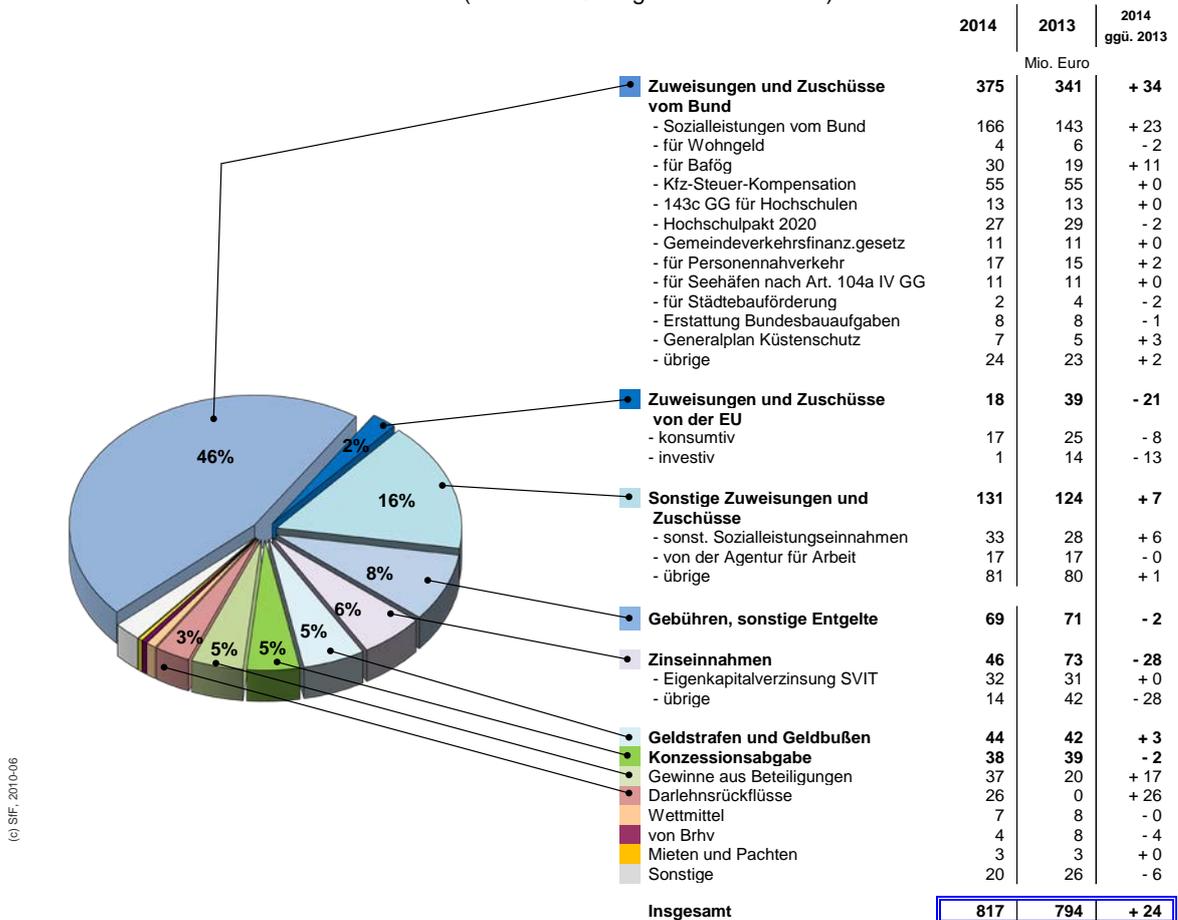


Die einzelnen Mehreinnahmen (konsumtiv und investiv) betrafen hingegen insbesondere Positionen, die auch zu höheren Ausgaben führten bzw. mit diesen in Verbindung standen (vgl. Seite 14/15):

- Die höheren Sozialhilfeeinnahmen von 28 Mio. € korrespondierten mit Sozialhilfemehrausgaben von insgesamt 64 Mio. €
- Die hohen Gewinne aus Beteiligungen (+ 17 Mio. €) beinhalteten im Wesentlichen einen Sondereffekt im Rahmen der Umwandlung der stillen Einlage bei der Bremer Landesbank und führten zu höheren Zuschüssen an die Bremer Verkehrsgesellschaft (+ 8 Mio. €).
- Beim BAföG-Darlehen wurden bis zum Vorjahr die Einnahmen und Ausgaben direkt im Sonderhaushalt BAföG gebucht, im Kernhaushalt lief nur der Nettzuschuss. Mit der Haushaltsaufstellung 2014 wurden der Sonderhaushalt BAföG aufgelöst und alle Einnahmen und Ausgaben im Kernhaushalt brutto dargestellt. Es ergaben sich daher in diesem Jahr Mehreinnahmen und Mehrausgaben im Kernhaushalt, die insgesamt saldenneutral sind.

Die folgende Grafik verdeutlicht das Größenverhältnis der nicht steuerabhängigen Einnahmepositionen untereinander sowie die jeweiligen Entwicklungen im Vorjahresvergleich:

Konsumtive und investive Einnahmen (Land und Stadtgemeinde Bremen)



(c) SIF, 2010-06

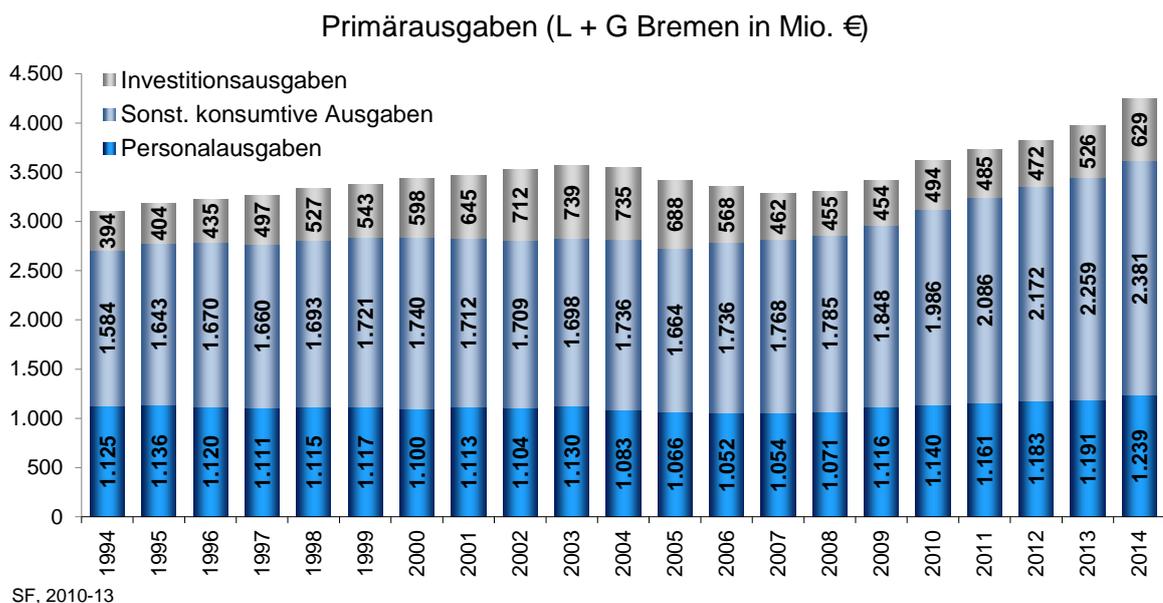
Die sonstigen Einnahmen werden – ähnlich wie schon in den Vorjahren - durch Zuschüsse und Zuweisungen vom Bund geprägt (46 %). Zusammen mit den Zuschüssen von der EU bilden sie fast die Hälfte, inklusive der sonstigen Zuweisungen und Zuschüsse (von Sozialversicherungsträgern, Agentur für Arbeit etc.) sogar 64 % aller nicht-steuerabhängigen Einnahmen.

Die nächst größeren Einnahmepositionen waren im Berichtsjahr die Gebühren und Entgelte (8 %), die Zinseinnahmen (6 %), die Geldstrafen und Geldbußen (5 %), die Konzessionsabgabe (5 %), die Gewinne aus Beteiligungen (5 %) sowie die Darlehensrückflüsse (3 %).

Alle übrigen Einnahmen bilden zusammen einen Anteil von 4 % der konsumtiven und investiven nicht steuerabhängigen Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

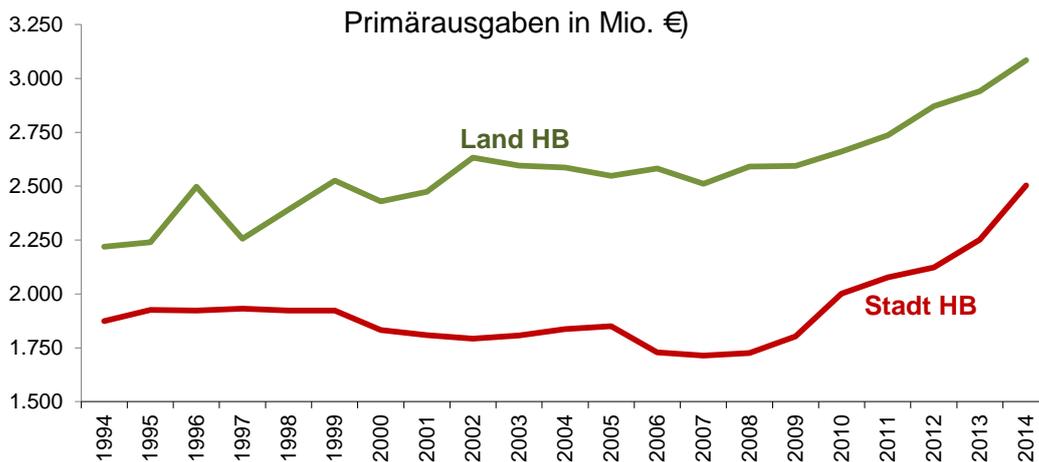
3.3 Primärausgaben

Insgesamt sind die Primärausgaben in den letzten 20 Jahren nach Bereinigung des Anteilerwerbs an den Netzen um jahresdurchschnittlich 1,4 % - und somit unterhalb der durchschnittlichen Inflationsrate – angestiegen, so dass die Primärausgaben in diesem Zeitraum real abgebaut wurden.



Auffällig ist jedoch, dass die nominalen Zuwachsraten seit 2010 nicht auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre davor gehalten werden konnten. Neben Einzel- und Sondereffekte in den letzten beiden Jahren im investiven Bereich waren insbesondere die konsumtiven Ausgaben an den Primärausgabensteigerungen beteiligt. Innerhalb der konsumtiven Ausgaben wiesen insbesondere die Sozialleistungen eine hohe Kostendynamik auf. Seit 2010 stiegen die Sozialleistungsausgaben um jahresdurchschnittlich 5,8 % an. Zum Vorjahr wurde 2014 sogar ein Zuwachs von 8,3 % verzeichnet.

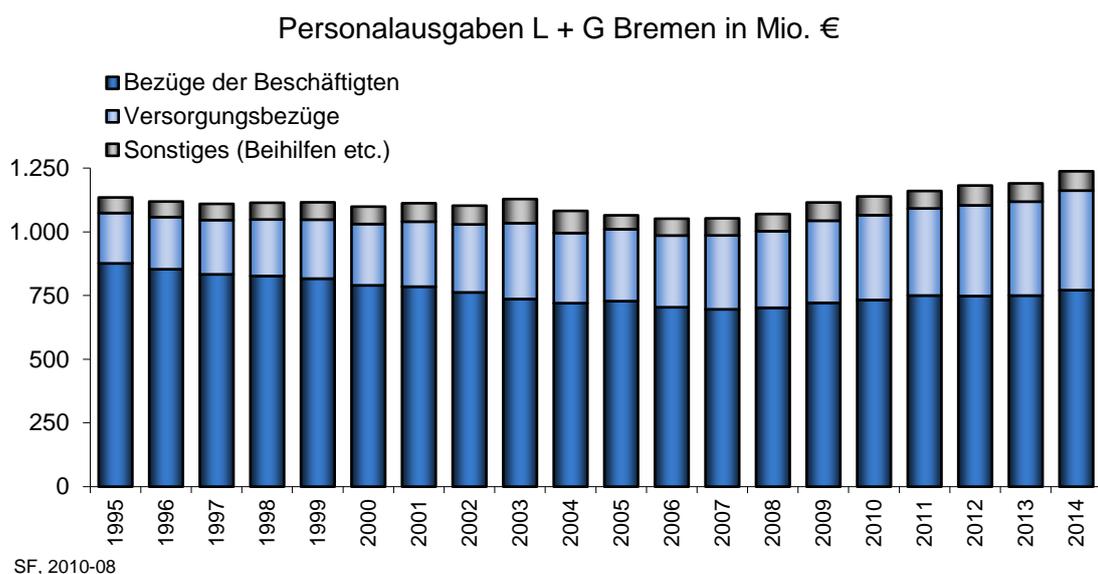
Auch die getrennte Betrachtung der Einzelhaushalte dokumentiert die höheren Steigerungsraten der letzten Jahre, wobei die Stadt Bremen aufgrund des überproportional hohen Anteils der Sozialleistungen besonders betroffen ist.



3.3.1 Personalausgaben

Die Personalausgaben (ohne Personalkostenzuschüsse) in der Kernverwaltung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen betragen im Berichtsjahr 1.239 Mio. €. Der veranschlagte Wert wurde damit – trotz der Nachzahlung im Rahmen der Besoldungsanpassung 2013/2014 für die Beamten – nur leicht überschritten (+ 4 Mio. €).

Gegenüber dem Jahresabschluss 2013 stiegen die Personalausgaben mit 48 Mio. € bzw. 4,0 % - auch aufgrund der Nachzahlung im Rahmen der Besoldungsanpassung 2013/2014 - deutlicher als in den letzten Jahren. Damit liegt der durchschnittliche Zuwachs der Personalausgaben der letzten zwanzig Jahre bei + 0,5 % p.a.. Dabei sind jedoch Ausgliederungen und somit Verschiebungen zu den konsumtiven Ausgaben (Personalkostenerstattungen) zu beachten. Im Zehnjahresdurchschnitt – und somit zeitlich nach den Hauptausgliederungen - lag die Personalausgabenzuwachsrate mit + 0,8 % p.a. insbesondere aufgrund konsequenter Senkung des Beschäftigungsvolumens ebenfalls noch deutlich unter der allgemeinen Preissteigerungsrate.

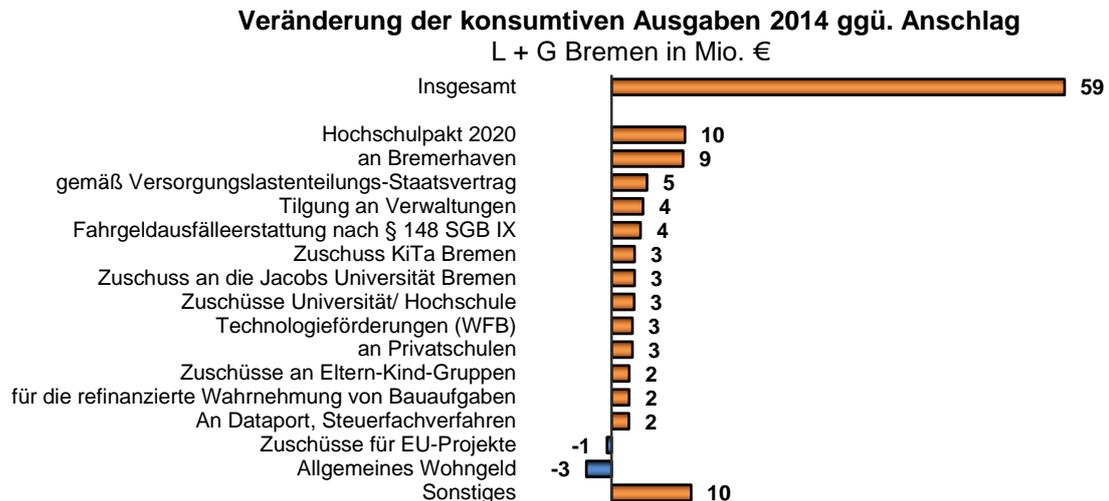
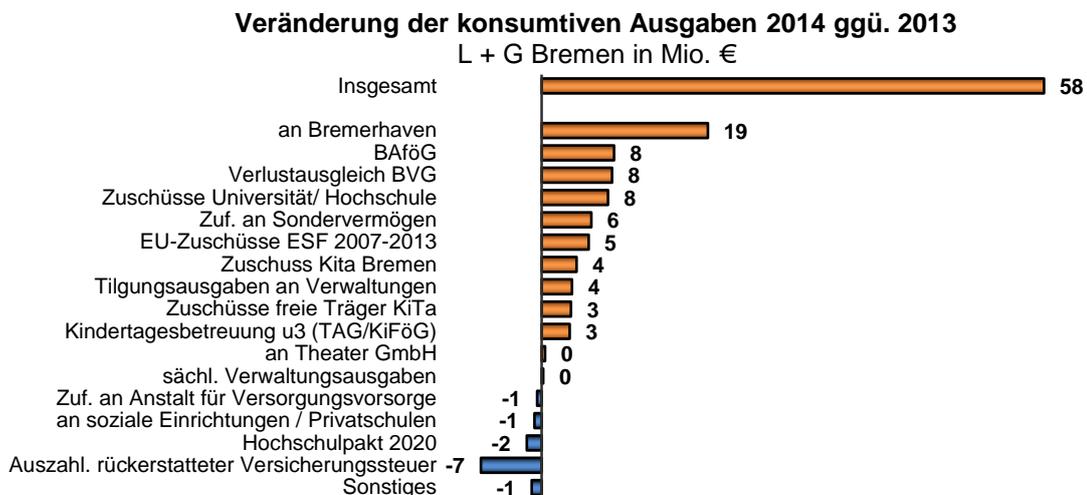


Wie schon in den Vorjahren war der Zuwachs der Personalausgaben dabei maßgeblich durch die voraussichtlich noch bis 2019 weiter steigenden Versorgungsleistungen

begründet (+ 6,0 % ggü. 2013). Die Aktivenbezüge in der Kernverwaltung stiegen in den letzten zehn Jahren nominal um 0,7 % p.a., was einen deutlichen realen Abbau widerspiegelt. Dementsprechend ist der Anteil der Aktivenbezüge an den gesamten Personalausgaben seit 1995 von 75 % auf nunmehr 62 % gesunken.

3.3.2 Konsumtive Ausgaben

Insgesamt stiegen die konsumtiven Ausgaben inklusive der Sozialleistungen und Personalkostenzuschüsse an ausgegliederte Einheiten im Vorjahresvergleich um 122 Mio. € bzw. 5,4 %. Die nachfolgende Abbildung zeigt, dass dabei viele der größeren Mehrausgabe-Positionen durch Sondereffekte erklärbar sind oder mit Mehreinnahmen in Verbindung stehen:



SF, 2010-09

- Die mit + 19 Mio. € höchste Mehrausgabe betrifft die Zahlungen an Bremerhaven, die insbesondere auch die Sozialleistungen des überörtlichen Trägers, Personalkostenerstattung für Lehrkräfte, die ansteigenden Strukturhilfen und höhere Schlüsselzuweisungen aufgrund der positiven Steuerentwicklung geprägt waren.
- Beim BAföG-Darlehen wurde 2014 von einer Netto- auf eine Bruttodarstellung

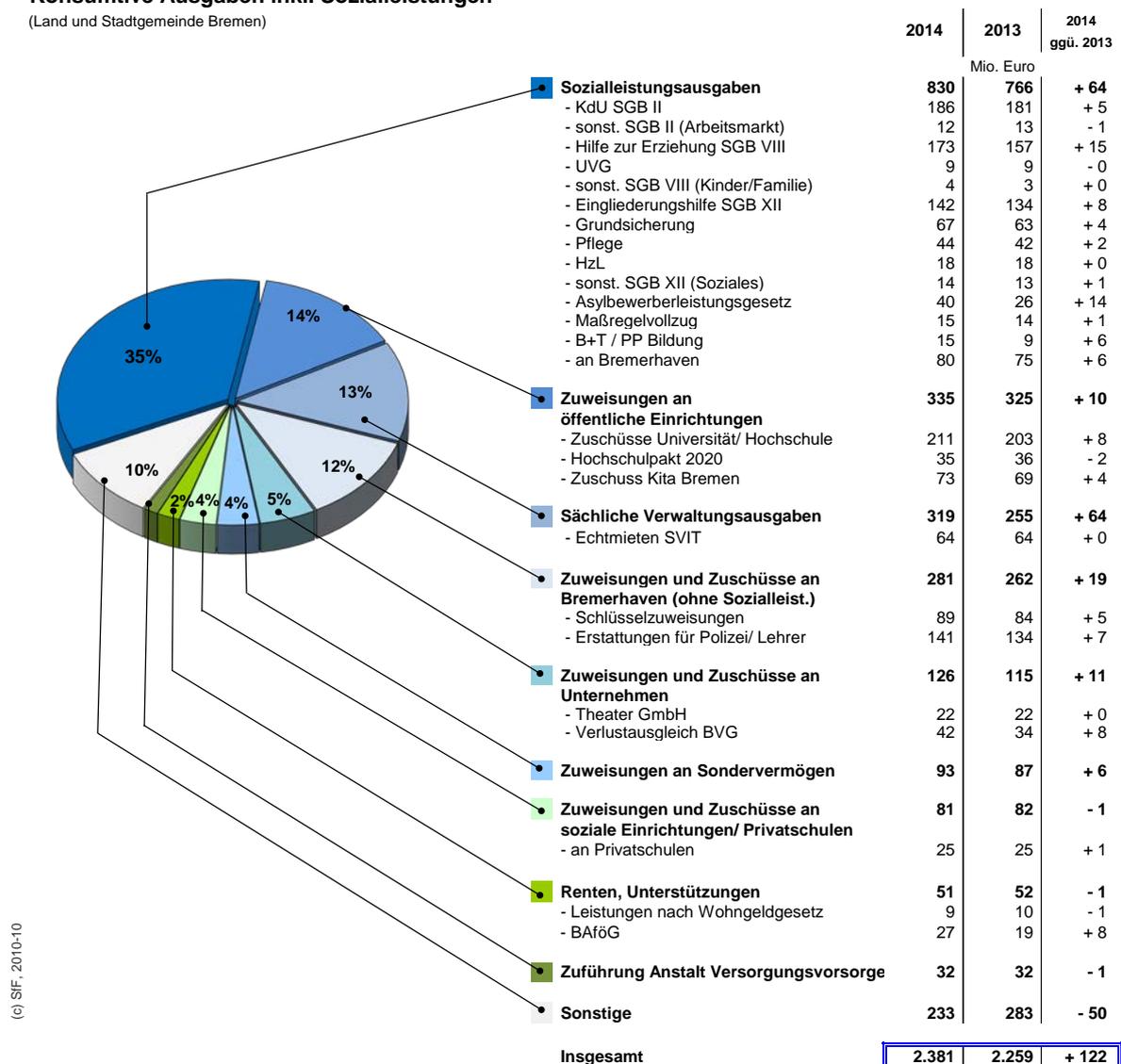
umgestellt (vgl. Seite 12).

- Die 8 Mio. € Mehrausgaben beim Verlustausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft resultieren aus der Umwandlung der stillen Einlage bei der Bremer Landesbank und korrespondieren mit den aufgeführten Mehreinnahmen aus wirtschaftlicher Beteiligung.
- Auch die im Rahmen der EU-Zuschüsse geleisteten Mehrausgaben stehen – wenn auch nicht unbedingt im gleichen Haushaltsjahr – mit EU-Einnahmen in Verbindung.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht dabei die Größenverhältnisse der konsumtiven Sachausgaben untereinander:

Konsumtive Ausgaben inkl. Sozialleistungen

(Land und Stadtgemeinde Bremen)



(c) SIF, 2010-10

Insgesamt sind inzwischen 35 % der konsumtiven Ausgaben für Sozialleistungen aufzuwenden. Die Zuwachsrates der Sozialleistungsausgaben in den Haushalten des Landes und der Stadt Bremen betrug dabei 8,3 %.

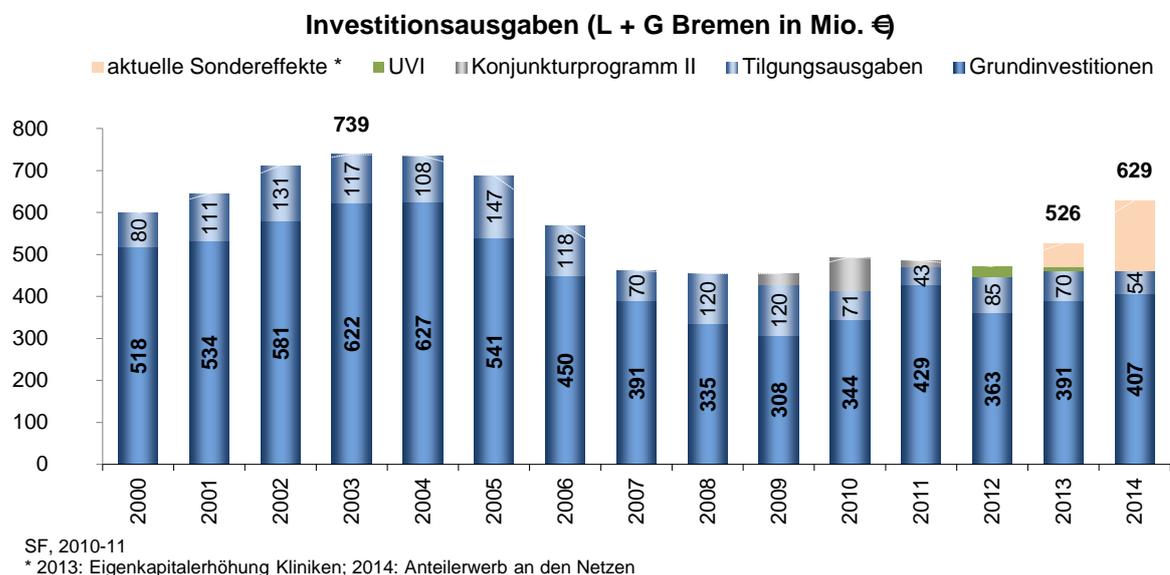
Innerhalb der Sozialleistungsausgaben werden zwei Drittel für die Kosten der Unterkunft, die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe verausgabt. Von diesen drei großen Hilfearten verzeichnete die Hilfe zur Erziehung den mit weitem Abstand höchsten Zuwachs zum Vorjahr (+ 10 %). Noch deutlich höhere Zuwachsraten wiesen nur die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (+ 53 %) sowie die Ausgaben für Bildung und Teilhabe (inkl. Integrationshelfer; + 62 %) auf.

Die nach den Sozialleistungen nächst größeren laufenden Ausgabepositionen bildeten 2014

- mit 14 % die Zuweisungen an öffentliche Einrichtungen, die insbesondere die Hochschulen sowie die Kita Bremen betreffen und inhaltlich in hohem Maße Personalkostenzuschüsse darstellen,
- mit 13 % die sächlichen Verwaltungsausgaben, die als größte Einzelposition die Echtsmieten an das Sondervermögen Immobilien und Technik beinhalten sowie
- die Zuschüsse und Zuweisungen an Bremerhaven (ohne Sozialleistungen 12 %).

3.3.3 Investitionsausgaben

Die unbereinigte Entwicklung der Investitionsausgaben seit 2000 wird in der folgenden Abbildung verdeutlicht. Sie zeigt den Anstieg der Investitionen bis 2003, die anschließende kontinuierliche Reduzierung des Investitionsniveaus bis 2007 und – bereinigt um die aktuellen Sondereffekte (Eigenkapitalerhöhung der Kliniken, Anteilerwerb an den Netzen) – die nahezu konstante Entwicklung der investiven Ausgaben in den letzten acht Jahren.



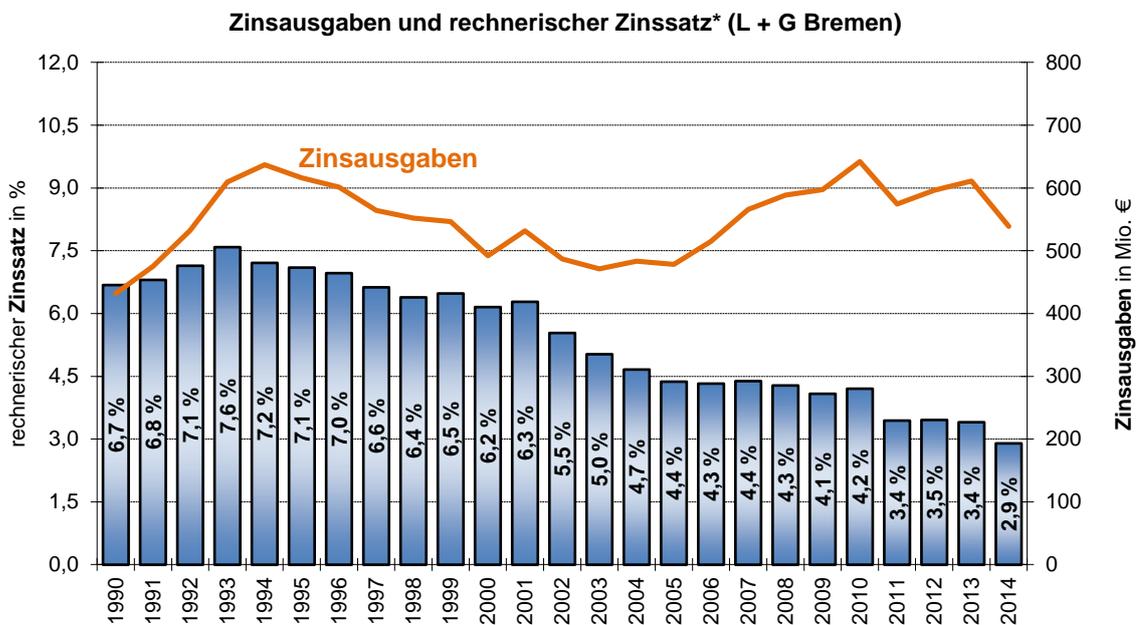
Zu beachten sind dabei die unterschiedliche Höhe der Tilgungsausgaben für Kapitaldienstfinanzierungen sowie die Auswirkungen der Investitionsprogramme (insbesondere 2010 wurden Ausgaben für das bundesweite, überwiegend drittmittelfinanzierte Konjunkturprogramm II kassenwirksam).

3.4 Zinsausgaben

Neben der unzureichenden Finanzausstattung für die Aufgabenwahrnehmung eines Stadtstaates bildet der Schuldenstand – und damit die Zinsbelastung – das große Problem der bremischen Haushalte. Bremen muss ca. 3,5 Mal so hohe einwohnerbezogene Zinslasten wie der Durchschnitt der Länder und Gemeinden finanzieren.

Positiv wirkte sich in den letzten Jahren das außergewöhnlich niedrige Zinsniveau aus, das maßgeblich dafür sorgte, dass im Berichtsjahr bei Zinsausgaben von 539 Mio. € wieder eine Unterschreitung der Anschläge (- 73 Mio. €) erreicht werden konnte. Bei weiter steigendem Schuldenstand (inkl. der Kassenkredite) sorgten die niedrigen Zinskonditionen sogar für einen Rückgang der Zinsausgaben zum Vorjahr (- 72 Mio. €).

Rein rechnerisch – d. h. ohne Beachtung der Darlehens-Laufzeiten und der Zinsabsicherungen - hätten Zinskonditionen, wie sie Mitte der neunziger Jahre üblich waren, im Berichtsjahr zu einer Erhöhung der Zinsausgaben um ca. 800 Mio. € auf ca. 1.300 Mio. € geführt. Dies zeigt, wie wichtig es für die bremischen Haushalte ist, günstige Zinskonditionen für den Konsolidierungszeitraum zu sichern.



SF, 2010-07

* rechnerischer Zinssatz: Zinsausgaben / Schuldenstand des Vorjahres